



# HESSISCHER LANDTAG

17. 10. 2016

Plenum

## Antrag der Fraktion der SPD

### **betreffend Investitionsstau an hessischen Schulen erschwert Bildungserfolge - Schulsanierung, Ganztagschulenausbau und Digitalisierung erfordern eine Nationale Bildungsallianz**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass Deutschland im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich in seine Bildungseinrichtungen investiert. Die aktuellen Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2016 deuten darauf hin, dass die Investitionsschwäche finanziell angeschlagener Kommunen - trotz unterschiedlicher Bemühungen der Länder zur Entschuldung und Konsolidierung - nicht gemildert werden konnte.
2. Der Landtag teilt die Einschätzung von KfW-Experten, dass der erhebliche Investitionsrückstand vieler Städte, Gemeinden und Landkreise bei Schulgebäuden die Bildungserfolge von Kindern und Jugendlichen erschwert. Ein leistungsfähiges Bildungssystem erfordert nicht nur motivierte und gut ausgebildete Lehrkräfte, sondern auch eine angemessene Schulausstattung, moderne Schulgebäude und aktuelle Lehrmaterialien. Für den Lernerfolg von Kindern und Jugendlichen sind der bauliche Zustand und die Ausstattung der Schulen ein ebenfalls wichtiger Faktor.
3. Der Landtag begrüßt Überlegungen eine Initiative für eine nationale Bildungsallianz zu gründen und ein Programm aufzulegen, mit dem mehrere Mrd. € zusätzlich aus dem Bundeshaushalt zwischen 2017 und 2021 für die Sanierung von Schulgebäuden zur Verfügung gestellt werden können. Dies ist angesichts eines Investitionsstaus in diesem Bereich von 34 Mrd. bzw. 38 Mrd. € (laut KfW-Kommunalpanel 2016), einschließlich der Erwachsenenbildung, in Deutschland dringend notwendig.
4. Der Vorschlag mehrere Mrd. € Bundesmittel vorrangig in Verbindung mit den Mitteln von Ländern und Kommunen zur Sanierung und Modernisierung von Schulen, zur digitalen Ausstattung der Schulen, zum Ausbau der sportlichen, kulturellen und sozialen Angebote und zum Ausbau von Ganztagschulen einzusetzen, findet die Zustimmung des Landtags.
5. Der Sanierungsstau an hessischen Schulen ist enorm. Die Landesregierung ist gefordert, die Investitionen im Schulbereich gezielt zu fördern und die Kommunen mit einem Investitionsprogramm für Schulen zu unterstützen.
6. Der Landtag stellt fest, dass Inklusion, Zuwanderung und Ganztagsbeschulung zusätzliche Anforderungen an die Schulgebäude stellen und Investitionen in Schulen und Bildungseinrichtungen auch in Hessen dringend erforderlich sind. Die aufgrund dieser immensen Herausforderungen und dem vielerorts mangelhaften Bauzustand von Schulgebäuden fehlenden Investitionen bedrohen die langfristige Leistungsfähigkeit des hessischen Bildungssystems.
7. Der Landtag begrüßt, dass der Beschluss vorsieht, die Bundesmittel neben der Schulsanierung in die digitale Ausstattung von Klassenräumen, den Ausbau sportlicher, sozialer und kultureller Angebote sowie in den Ganztagschulenausbau fließen zu lassen und sich hier insbesondere bei der Personalausstattung der Ganztagschulen mit einem zusätzlichen Programm am flächendeckenden Ausbau von Schulsozialarbeit zu beteiligen. Gerade die Schulsozialarbeit spielt vor dem Hintergrund der Zuwanderung eine wesentliche Rolle bei der Integration und Inklusion von Zuwanderern in unsere Gesellschaft.
8. Der Landtag begrüßt, dass als weitere Maßnahme in dem Beschluss vorgesehen ist, die Länder beim Ausbau der Lehrerausbildung an den Hochschulen zu unterstützen.

9. Der Landtag unterstützt die Absicht, im Rahmen der Bildungsallianz einen besonderen Schwerpunkt auf die Modernisierung und Digitalisierung der beruflichen Schulen zu legen.
10. Der Landtag stellt fest, dass die Kompetenz in der Schulpolitik im Rahmen der föderalen Ordnung bei den Bundesländern, die Instandsetzung, Instandhaltung und Ausstattung der Schulen im Regelfall den Kommunen als Schulträger obliegt.
11. Der Landtag ist der festen Überzeugung, dass zum Erhalt und Ausbau einer leistungsfähigen Bildungsinfrastruktur gemeinsame und gezielte Anstrengungen von Bund, Ländern und Kommunen erforderlich sind.
12. Der Landtag ist zuversichtlich, dass es in einer nationalen Bildungsallianz gelingen kann, durch eine Änderung des Grundgesetzes zur Aufhebung des Kooperationsverbots, Möglichkeiten zu schaffen, dass sich der Bund an Finanzierung der Sanierung und Modernisierung von Schulen beteiligt. Der Vorschlag durch ein "Einstimmigkeitsprinzip" die Kultushoheit der Länder zu gewährleisten, findet die Zustimmung des Landtags.
13. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich an den Gesprächen der Koalition auf Bundesebene zur Umsetzung des Programms konstruktiv zu beteiligen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 17.10.2016

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Schäfer-Gümbel**